

München, 17.06.2020

Anhörung zum Kinderschutz im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags

Sozialausschussvorsitzende Doris Rauscher für Meldepflicht bei Kindeswohlgefährdung - Notfall-Telefon für bayerische Jugendämter

Jedes zehnte Kind hat laut einer aktuellen repräsentativen Befragung der TU München während der Kontaktbeschränkungen in der Corona-Krise Gewalt erfahren. Zugleich waren die Hilfsangebote eingeschränkt. Inzwischen ist eine breite gesellschaftliche Debatte über den Schutz von Kindern entbrannt. Auch der Sozialausschuss des Bayerischen Landtags hat auf Initiative der Vorsitzenden **Doris Rauscher** das Thema "Weiterentwicklung des Kinderschutzes in Bayern" auf die Tagesordnung gesetzt (Donnerstag, 18. Juni, 10 bis 14 Uhr, Plenarsaal).

„Wir brauchen ein engmaschigeres Netz an Hilfsangeboten und Vorwarnstufen, um betroffenen Kindern zu helfen. Auch die Gesellschaft muss noch stärker sensibilisiert werden: Hinschauen statt wegschauen – das muss die Devise sein. Das war schon vor der Corona-Krise wichtig und hat nun an Bedeutung gewonnen“, erklärt Rauscher.

Dreizehn Experten aus Justiz, Medizin, Polizei, Bildung und Verbänden werden Vorschläge vorlegen, wie der Kinderschutz in Bayern verbessert werden kann.

Die Ausschussvorsitzende Rauscher hält unter anderem folgende von Experten vorgeschlagene Verbesserungen für sinnvoll: Bereits im Lehramtsstudium und in der Erzieherausbildung müssen Kenntnisse über psychische und emotionale Störungen vermittelt werden. Weiter sollten alle bayerischen Jugendämter eine Notfallnummer besitzen, die rund um die Uhr erreichbar ist. Rauscher unterstützt zudem eine Meldepflicht bei Anzeichen von Kindeswohlgefährdung für alle Personen, die beruflich mit Kindern zu tun haben, zum Beispiel Ärzte, Erziehungsberatungsstellen und Hebammen.